

Amt der
Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9021 Klagenfurt

BMDW - Pers/6 (Rechtsangelegenheiten, Legistik)
post.pers6@bmdw.gv.at

MR. Mag. Wolfgang Kölpl
Sachbearbeiter/in

Wolfgang.Koelpl@oesterreich.gv.at
+43 1 711 00-802054
Stubenring 1, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an das Abteilungspostfach zu richten.

Geschäftszahl: BMDW-15.540/0015-Pers/6/2018

Kärntner Wirtschaftsombudsstelle-Gesetz – K-WOStG; Entwurf. Ressort- stellungnahme

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort teilt im Gegenstand Folgendes mit:

I. Allgemeines:

Die Intention des Entwurfes, eine Wirtschaftsombudsstelle zur Verfahrensbeschleunigung und besseren Servicierung bei Unternehmensgründungen und Betriebserweiterungen einzurichten, wird seitens des BMDW ausdrücklich begrüßt.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu § 1 Abs. 3:

Diese Bestimmung sieht vor, dass die in Bundesgesetzen dem Standortanwalt eingeräumten Rechte durch die Ombudsstelle wahrgenommen werden sollen. Der Standortanwalt wurde zwischenzeitlich durch die Änderung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 80/2018, eingerichtet.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass im Nationalrat am 13. Dezember 2018 im Rahmen der Änderung des Wirtschaftskammergesetzes 1998 bereits in § 20 Abs. 3 die Einrichtung eines Standortanwaltes beschlossen wurde.

§ 20 Abs. 3 lautet:

„(3) Die Landeskammern werden im übertragenen Wirkungsbereich als Standortanwalt gemäß dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 - UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, tätig, wenn das Vorhaben Auswirkungen auf das jeweilige Land als Wirtschaftsstandort hat. Bei der Besorgung dieser Aufgabe unterliegen sie den Weisungen der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.“

Der entsprechende Beschluss des Nationalrates wird in der Beilage übermittelt.

Es wird ersucht, auf diese zukünftige bundesrechtliche Rechtslage bei Überlegungen bezüglich der Einrichtung eines Standortanwaltes Bedacht zu nehmen.

Beilage

Wien, am 17. Dezember 2018

Für die Bundesministerin:

Mag.iur. Georg Konetzky

Elektronisch gefertigt